

Antonio Gottwald*B90/GRÜNE*Bergstr. 2*34385 Bad Karlshafen

An
Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Marie-Luise Niemetz
Bad Karlshafen
Hafenplatz 8
34385 Bad Karlshafen



Antonio Gottwald

Stadtverordneter
Hafenplatz 8
34385 Bad Karlshafen

Privat:
Bergstraße 2
34385 Bad Karlshafen
Mail: antonio.gottwald@gruene-badkarlshafen.de

www.gruene-badkarlshafen.de

Bad Karlshafen, 04.03.2022

Antrag: Aussetzen des Verkaufes „Landgraf Carl Gebäude“

Sehr geehrte Frau Niemetz,

bitte setzen Sie unseren Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung,
das heutige Europa ist nicht mehr das Europa von 2021.

Seit Dezember 1991 ist die Ukraine ein unabhängiges und selbst bestimmendes demokratisches Land. Im Februar 2022 soll Russland nach Schätzungen rund 150.000 Soldaten und militärisches Gerät in den Grenzregionen um die Ukraine versammelt haben. Mit der jüngsten Anerkennung der Separatistengebiete Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten und der beginnenden Militäroffensive in der Ukraine hat Präsident Putin die diplomatischen Bemühungen abgebrochen und einen Angriffskrieg auf das Land begonnen.



Seither sind viele Menschen auf der Flucht.

Europäische Staaten haben sich bereits verpflichtet, Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet aufzunehmen. Auch auf den Landkreis Kassel und somit auch auf die Stadt Bad Karlshafen wird die Frage zukommen, welche möglichen Unterkünfte können angeboten werden.

Das Landgraf Carl Gebäude, welches noch im Besitz der Stadt ist, kann hier als Möglichkeit gesehen werden.

Flüchtlinge in angemieteten Pensionen, Hotels, Herbergen langfristig unterzubringen kann nicht im Sinne des Steuerzahler sein, wenn andere Möglichkeiten bestehen.

Auch privates Engagement der freien Unterbringung aus dem Gastgewerbe kann nicht die Lösung sein, da sie von den Einnahmen der Vermietung durch den Tourismus angewiesen sind.

Antrag:

Der Verkauf des Landgraf Carl Gebäudes wird bis zum September 2022 ausgesetzt, um den Bedarf von Unterkünften durch den Landkreis Kassel für Kriegsflüchtlinge der Ukraine, zu ermitteln bzw. vorzuzulassen.

Die Verwaltung möge sich mit dem Landkreis Kassel / RP Kassel über die Verkaufsabsichten abstimmen.

Mit freundlichen Grüßen

A. Gottwald